

Vom Werden der deutschen Sozialdemokratie [Schluss]

Autor(en): **Schwendimann, Armin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **44 (1965)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337699>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

beim Sozialismus um eine Weltanschauung im Sinne einer Ganzheitsbetrachtung der Welt und des Menschen. Demgegenüber ist einmal mehr auf die Grundsatzklärung der Sozialistischen Internationale zu verweisen. Darin heißt es:

«Der Sozialismus verlangt keine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen. Gleichviel ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.»

Aus diesem Grundsatz, der eigentlich auch ins Programm der SPS hineingehörte, geht klar hervor, daß verschiedene Weltanschauungen mit ihren Wertsystemen die Grundlage des Sozialismus sein können; deshalb fragt sich auch, ob der Sozialismus überhaupt als Weltanschauung bezeichnet werden kann. So wird verständlich, weshalb in unserem Blatt der Diskussionsbeitrag von Dr. Rudolf Giovanoli ohne weiteres neben dem Juni-Aufsatz von Markus Schelker Platz hat.

Gewiß verlangt die Sozialdemokratische Partei wie jede andere politische Partei einen Grundbestand gemeinsamer politischer Überzeugungen. Wenn in dieser Hinsicht von «Weltanschauung» die Rede ist, so ist dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden. Unter Weltanschauung wird aber häufig etwas ganz anderes verstanden: die Verpflichtung des Menschen auf ein Totales, auf eine Norm, die sein ganzes Denken beherrscht. In diesem Sinne kann der Sozialismus keine Weltanschauung sein. Dieser Hinweis scheint uns notwendig zu sein: im Interesse einer fruchtbaren Diskussion um die Standortbestimmung des Sozialismus in unserer Zeit. *Richard Lienhard*

ARMIN SCHWENDIMANN

Vom Werden der deutschen Sozialdemokratie

(* Fortsetzung)

1. Erfurter Programm und Revisionismus

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, als die Partei wieder legal arbeiten konnte, machte sich trotz Vergrößerung der Anhängerschaft eine Periode der Verwirrung bemerkbar. Symptomatisch für den Beharrungswillen der Parteimitglieder war die sogenannte «Opposition der Jungen» einerseits, die den Versuch machte, die Partei vor ihren «bourgeois» Taktiken zu «retten», sowie mehrere Reden des Abgeordneten Georg von Vollmar ander-

* Vgl. «Rote Revue» Heft 7/8.

seits, der einen überraschend reformistischen Ton anschlug, indem er eine «umsichtige Verhandlungspolitik» befürwortete.¹ Auf dem in Erfurt im Jahre 1891 durchgeführten Parteitag konnte die leicht ins Wanken geratene Organisation der Partei wieder festgefügt werden. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Annahme des neuen Parteiprogramms und die Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei, indem sich August Bebels Kritik gegen Georg von Vollmar und die Angriffe der «Opposition der Jungen» richtete.²

Im neuen Parteiprogramm, das in der Literatur allgemein mit «Erfurter Programm» umschrieben wird, sind zwei Teile zu erkennen, die unter Leitung von Karl Kautsky und Eduard Bernstein verfaßt wurden. Im ersten Teil sind die marxistischen Elemente unverkennbar ersichtlich, indem vom «mit Naturnotwendigkeit» eintretenden Geschichtsverlauf die Rede ist. Die sich daraus ergebende Konsequenz führt zur Feststellung, daß «die Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit kommen müssen», was «nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann» und wozu dieselbe der politischen Macht bedarf. «Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.» Der Abschluß des ersten Teils bildet folgender Absatz: «Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.»³

Ausgehend von den Grundlagen des ersten Teils werden im zweiten Teil unter anderem folgende Forderungen festgehalten: «Direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr anstelle des stehenden Heeres, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Gleichberechtigung der Frauen, Trennung von Staat und Kirche, Normalarbeitstag – Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren – Verbot des Trucksystems und andere Arbeiterschutzgesetze, Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich unter maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.»⁴ Auf den ersten Blick erscheinen die beiden Teile des «Erfurter Programms» in einem

¹ Peter Gay: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus, Nürnberg 1954, S. 70.

² Franz Osterroth, Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 79.

³ Konrad Farner, Theodor Pinkus: Der Weg des Sozialismus. Hamburg 1964, S. 16.

⁴ Konrad Farner, Theodor Pinkus: Der Weg des Sozialismus. Hamburg 1964, S. 17.

gewissen Widerspruch zu stehen. Der erste Teil könnte den Anschein erwecken, daß außer der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nichts die Lage der Arbeiterschaft nennenswert verbessern könnte, während der zweite Teil nur von Maßnahmen spricht, die die Vergesellschaftung der Produktionsmittel *nicht* einschließen, aber im Interesse der Arbeiterschaft wirklich für wesentlich gehalten werden. In diesem Zusammenhang kann aber festgestellt werden, daß der erste Teil Forderungen im eigentlichen Sinn überhaupt nicht enthält – denn vom halbabsolutistischen Kaiserreich zu erwarten, es könne möglicherweise die Produktionsmittel vergesellschaften, wurde von niemandem ernsthaft erwogen.⁵ Unter Berücksichtigung dieser Sachlage kann der erste Teil des Programms als Bekenntnis zur «wissenschaftlichen» Grundlage der Politik der Partei gesehen werden und der zweite Teil als Forderungen, mit deren Verwirklichung diverse neue Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Hauptsache: die demokratische Republik, die Majorität der Arbeiterschaft in ihr, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die freie Assoziation blieb unerwähnt, denn sie zu fordern, war gesetzlich nicht erlaubt. Wenn diese Forderungen zwischen den Zeilen gelesen werden, dann erscheint das Programm durchaus widerspruchsfrei.⁶ Allerdings ermöglichte der Mangel an Offenheit verschiedene Interpretationsmöglichkeiten des neuen Programms, indem der erste Teil die Handhabe zur Erhebung von revolutionären Forderungen gab und der zweite Teil die Schlußfolgerung ermöglichte, daß eine Aussöhnung mit der kapitalistischen Gesellschaft teilweise möglich sei unter der Voraussetzung einer entsprechenden Konzessionsbereitschaft derselben. Die Auswirkungen der verschiedenartigsten Möglichkeiten zeigten sich an folgendem Beispiel sehr augenfällig: Da ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung dem Bauernstand angehörte, vertraten verschiedene Parteimitglieder die Auffassung, daß die Partei auch deren soziale Nöte beheben helfen sollte. August Bebel, der die Notwendigkeit dieser Aufgabe eingesehen zu haben vermeinte, schlug zusammen mit andern Delegierten auf dem Breslauer Parteitag von 1895 vor, bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung des Loses der Bauern ins Programm aufzunehmen. Dieser Antrag wurde auf Betreiben von Karl Kautsky abgelehnt – mit der aus dem grundsätzlichen Teil des Programms folgenden Begründung, man könne der Bauernschaft keine entscheidende Besserung ihres Loses versprechen, weil der Kleinbetrieb historisch zum Untergang verurteilt sei.⁷ Die Auseinandersetzungen um Programm und Taktik der Partei erhielten erneuten Auftrieb um die Jahrhundertwende durch das Auftreten des von Eduard Bernstein begründeten «Revisionismus». In seinem im Jahre 1899 verfaßten Werk «Die Voraussetzungen des Sozialismus

^{5, 6} Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 30.

⁷ Franz Osterroth, Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 87.

und die Aufgaben der Sozialdemokratie» legte Bernstein die verschiedenen Programmpunkte des Revisionismus dar. Eine Antikritik von Karl Kautsky erschien kurz darauf unter dem Titel «Bernstein und das sozialdemokratische Programm». Bernsteins Kritik an der marxistischen Grundanschauung war stark beeinflußt von den besonders gearteten politischen Verhältnissen in England. In der «Neuen Zeit» veröffentlichte Bernstein eine Reihe von Artikeln über «Probleme des Sozialismus», in denen er auseinandersetzte, daß Marx sich nicht völlig vom Blanquismus (Putschtaktik) losgelöst habe, zu stark der Hegelschen Widerspruchsdiagnostik unterlegen sei und daß einzelne Lehrsätze von Marx nicht mehr zutreffend seien, da Marx das Tempo der kapitalistischen Entwicklung überschätzt habe und daß sich der sozialistische Endsieg nicht durch eine Katastrophenpolitik, sondern langsam aus der Entwicklung ergeben würde. Das Endziel der Sozialdemokratie werde nicht durch Revolution, sondern durch Evolution erreicht werden. Daraus folgerte Bernstein, daß die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Betätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse sowie auf das Werk der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter eingestellt werden müsse.

Eine ganz andere Auffassung vertraten die Anhänger des linken Parteiflügels unter Führung von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, die zur Erkenntnis kamen, daß Europa ungeheuren Krisen entgegengehen werde, was zu einem Weltkrieg und mit ihm zur Revolution führen müsse. Als Einleitung dieser neuen krisenhaften Phase der Geschichte betrachteten sie die Russische Revolution von 1905.

Theoretisch wäre eine Blockbildung zwischen den «Linken» und den «Revisionisten» gegen den Parteivorstand möglich gewesen, denn auch Rosa Luxemburg verkannte niemals die Bedeutung von Reformen für die Arbeiter. Die Linke war aber so stark vom Nahen großer Entscheidungen überzeugt, daß sie die Tageserfolge und taktischen Manöver der Revisionisten als Lächerlichkeiten ansah. So kam es, daß auf den Parteitagen die Kämpfe zwischen den Linken und den Revisionisten ausgetragen wurden, während der Parteivorstand die bequeme Rolle des Schiedsrichters hatte.⁸ Weitere umfangreichere Diskussionen ergaben sich um das Problem des politischen Massenstreiks. Hier zeigte sich die Gegensätzlichkeit der Auffassungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Auf diese höchst interessante Auseinandersetzung kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden, da sie den gegebenen Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde. Eine weitere höchst interessante Betrachtung würde ermöglicht durch eine nähere Untersuchung der Bestrebungen von Gustav Landauer ins Leben gerufenen «sozialistischen Bundes», der

⁸ Schulungsunterlage Nr. 3 der Georg-von-Vollmar-Schule. Kochel 1963, S. 7.

in Artikel 4 als «Ziel seiner Bestrebungen die Anarchie im ursprünglichen Sinne, das heißt Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit» proklamierte. In Artikel 10 distanzierte sich der «sozialistische Bund» scharf vom dialektischen Materialismus, indem folgendes festgehalten wurde: «Die Kultur beruht nicht auf irgendwelchen Formen der Technik oder der Bedürfnisbefriedigung, sondern auf dem Geiste der Gerechtigkeit.»⁹

2. *Erster Weltkrieg und seine Auswirkungen*

Die Geschichte, wie die sozialistischen Parteien in Europa in den Augusttagen des Jahres 1914 für die Kriegskredite in ihren Ländern stimmten, war ein erstaunliches Ereignis, das unberechenbare Folgen hatte. Es zerbrach die 2. Internationale und spaltete die europäische Arbeiterbewegung für immer.

Als sich Ende Juli 1914 die Wetterwolken immer drohender zusammenzogen, war es in Deutschland vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit aller Kraft gegen das Vorgehen der österreichischen und der deutschen Regierung wandte, durch das die Kriegsgefahr immer mehr verschärft wurde. Diese Haltung geht klar aus dem am 25. Juli 1914 veröffentlichten Aufruf hervor, der mit den Sätzen ausklingt: «Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung.»¹⁰ Dieser Aufruf zeigte sich aber in der Folge als wertlos, da die Mehrheit der Partei im kritischen Augenblick, als die deutschen Machthaber zum Äußersten schritten, dem Umschwung in der Haltung der deutschen Mehrheit Rechnung trug, was die Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eindeutig bestätigte. Die plötzlich veränderte Haltung der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten war vermutlich aber auch teilweise auf den Umstand zurückzuführen, daß der Versuch, eine übereinstimmende Erklärung mit den französischen Sozialisten zu vereinbaren, die in den Parlamenten beider Länder gleichzeitig hätte vertreten werden sollen, scheiterte. Um den Gegensatz der Haltungen der sozialdemokratischen Fraktionen noch klarer zu zeigen, muß in diesem Zusammenhang nochmals die im Jahre 1870 bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges von Wilhelm Liebknecht und August Bebel eingenommene Haltung in Erinnerung gerufen werden, indem damals die erforderlichen Kriegskredite unter Berufung auf die internationalen sozialistischen Grundsätze abgelehnt wurden.

Während des Verlaufs des Krieges änderten einzelne Sozialdemokraten ihre Haltung von Grund auf. Eindeutige Revisionisten, wie Eduard Bernstein und Kurt Eisner, wechselten ganz nach links, und streng radikale Marxisten standen mehr oder weniger rasch auf dem rechten staatsbejahenden Flügel

⁹ Gustav Landauer: Aufruf zum Sozialismus. Berlin 1911, Anhang.

¹⁰ Schulungsunterlage Nr. 3 der Georg-von-Vollmar-Schule. Kochel 1963, S. 10.

der Partei.¹¹ Im Laufe der weiteren Entwicklung kam es im Jahre 1917 zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Führung von Hugo Haase, Rudolf Hilferding, Eduard Bernstein und Kurt Eisner, die weitere Kriegskredite ablehnten, aber sonst mit der Mehrheit der SPD übereinstimmten, seitdem eine entschiedenere Friedenspolitik betrieben wurde. Eine weitere Gruppe war der «Spartakusbund» unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der formell der USPD angehörte, aber die offene Revolution anstrebte.¹² Mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der organisatorischen Konsolidierung des Spartakusbundes war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung unwiderruflich geworden. Trotz Umgruppierungen in personeller Hinsicht und einer Gewichtsverlagerung nach rechts entsprachen die drei Richtungen den drei Vorkriegstendenzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.¹³

Das Scheitern der deutschen Offensive im Frühjahr 1918 und der Erfolg der Gegenoffensive der Alliierten im Sommer hatten der deutschen obersten Heeresleitung klargemacht, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte. Die Revolution in Deutschland war nicht mehr aufzuhalten, obwohl in letzter Stunde der Versuch noch unternommen wurde, eine parlamentarische Monarchie zu konstituieren. Die sogenannte Novemberrevolution besiegelte das Schicksal des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates, indem sich Matrosen und Soldaten gegen ihre militärische Führung auflehnten. Es kam zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, des Vollzugsrates und des Rates der Volksbeauftragten. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Revolutionszeit wurden durch die verschiedenen Zielsetzungen der Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung eindeutig verschärft. Ende 1918 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet, was die endgültige Trennung des Spartakusbundes von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bewirkte. Die neue Partei betrachtete sich als die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.¹⁴ Sie erstrebte demzufolge die Diktatur des Proletariats. Nach blutigen Auseinandersetzungen kam es unter dem Druck der Umstände und unter Mitwirkung der Sozialdemokratie zur Ausrufung der Republik, die aber von Anfang an von den Kommunisten und den rechtsstehenden Nationalisten aufs erbittertste bekämpft wurde. Der Versailler Friedensvertrag und die Inflation der ersten zwanziger Jahre lieferten die Grund-

¹¹ Hermann Heidegger: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat. Göttingen 1956, S. 106.

¹² Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 43/44.

¹³ Schulungsunterlage Nr. 3 der Georg-von-Vollmar-Schule. Kochel 1963, S. 15.

¹⁴ Einheit – Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Berlin 1962, S. 103.

lage der aufpeitschenden, antidemokratischen Kampf Stimmung, die dann im Jahre 1933 mit der Errichtung der Hitler-Diktatur endigte und direkt zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges führte.

Was die weitere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anbetrifft, so ist noch das im Jahre 1921 in Görlitz neu beschlossene Programm zu erwähnen, das auf die Beschreibung von «naturnotwendigen» Tendenzen, wie sie im Erfurter Programm standen, verzichtete. Ein klares Bekenntnis zum Staat, zur Republik, zur Demokratie, zum Frieden, zur Abrüstung und zum Völkerbund war ersichtlich. Die Wirkungen der Geldvernichtung, die Inflation und die alles beherrschenden Positionen der wirtschaftlichen Machthaber wurden beschrieben. Ihnen gegenüber wurde die «Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinschaft» und die volle Freiheit des gewerkschaftlichen und sozialistischen Kampfes verlangt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vereinigte sich im Jahre 1922 wieder mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf der Grundlage der Einigung wurde ein neues Programm erarbeitet, das auf dem Parteitag in Heidelberg angenommen und dem im Jahre 1927 in Kiel ein Agrarprogramm angefügt wurde, das die Stellung der SPD zu Agrarfragen erstmals klar und deutlich formulierte.¹⁵ Die Sozialdemokratische Partei hatte vom Juni 1928 bis März 1930 nochmals eine Möglichkeit, die Staatspolitik direkt zu beeinflussen durch ihren Reichskanzler Hermann Müller. Am 22. Juni 1933 wurde der Sozialdemokratischen Partei, durch den nationalsozialistischen Innenminister Frick, jede Parteiarbeit untersagt, obwohl Goebbels noch am 20. Juni versichert hatte, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Sozialdemokratische Partei zu verbieten, denn diese sei bereits tot, und man könne nicht vermeiden, daß eine Leiche stinke.¹⁶ Die zweiten zwölf Jahre des Verbots, der Verbannung und Verfolgung waren besiegelt.

III. Wiederaufbau

1. Neubesinnung und Neuorientierung

Als 1945, nach dem totalen militärischen und politischen Zusammenbruch des «tausendjährigen Reiches», erneut an den Aufbau einer sozialdemokratischen Parteiorganisation gedacht werden konnte, waren die überlieferten Strukturen radikal zerschlagen. Die ehemals führenden Persönlichkeiten waren teilweise der Hitler-Diktatur zum Opfer gefallen oder in der Emigration verstreut. Im weitem brachte die Aufteilung der «Konkursmasse» des deutschen Reiches in vier Besatzungszonen allgemeine Hemmnisse, die im ersten Anlauf nicht überwunden werden konnten und teilweise noch heute bestehen.

¹⁵ Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 57.

¹⁶ Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Hannover 1960, S. 30.

Der erste organisatorische Ansatz wurde in der Sowjetzone und in dem damals noch allein von den Sowjets verwalteten Berlin möglich, indem die Wiedergründung antifaschistischer-demokratischer Parteien gestattet wurde. Binnen vier Wochen entstanden in chronologischer Reihenfolge vier politische Gruppen: die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei.¹⁷ Der Sozialdemokratie Berlins und der Sowjetzone wurde die politische Wiedergeburt durch den Umstand erleichtert, daß in der deutschen Hauptstadt noch einige Mitglieder und Angestellte des früheren Parteivorstandes lebten, worunter auch Otto Grotewohl. Im Juni 1945 fanden sich einige frühere SPD-Funktionäre zusammen und wählten per Akklamation einen provisorischen Zentralausschuß und billigten ein Aktionsprogramm, in dem der Wunsch einer möglichst baldigen Vereinigung mit den Kommunisten betont wurde. Allgemein herrschte die Auffassung vor, die beiden Arbeiterparteien der Weimarer Zeit hätten jede an ihrem Platz schwere Fehler begangen, die sich nicht besser aufheben ließen als durch eine endgültige Überwindung der schon so lange bestehenden «Spaltung». Ursprünglich verhinderten die Sowjets die Vereinigung durch die Rückkehr der «Ulbricht-Gruppe» aus der Moskauer Emigration. Als aber in den osteuropäischen Staaten eine für die Sowjets ungünstige politische Lage sich abzuzeichnen begann, trat eine plötzliche taktische Wendung ein, indem der von Otto Grotewohl geführte Zentralausschuß entsprechend unter Druck gesetzt wurde. Eine knappe Mehrheit des Zentralausschusses beschloß am 11. Februar 1946, daß bis zum 1. Mai die Verschmelzung mit den Kommunisten zu einer neuen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei, in allen Ländern und Provinzen der Sowjetzone vollzogen sein müsse.¹⁸ In der Sowjetischen Besatzungszone konnte die Vereinigung unter Verhinderung einer von SPD-Vertretern verlangten Urabstimmung termingemäß verwirklicht werden, womit die politische Richtung in diesem deutschen Gebiet für die Zukunft bestimmt war. In den Westsektoren Berlins, wo die geforderte Urabstimmung aber durchgeführt werden konnte, sprachen sich 82 Prozent der SPD-Mitglieder gegen eine Vereinigung aus.¹⁹ Mit größter Entschiedenheit trat auch der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher von Hannover aus den Vereinigungsbestrebungen entgegen. In der Kommunistischen Partei sah er grundsätzlich nicht eine deutsche Klassen-, sondern eine fremde Staatspartei.²⁰ Noch klarer geht Schumachers diesbezügliche Haltung aus nachstehender Äußerung hervor:

^{17, 18} Klaus-Peter Schulz: *Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger*. München 1963, S. 175/179.

¹⁹ Wilhelm Matull: *Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie*, S. 118.

²⁰ Kurt Schumacher: *Nach dem Zusammenbruch*. Hamburg 1948, S. 94.

«Es ist nicht wahr, wie wohlmeinende Optimisten behaupten, daß zwischen uns und den vereinigten Kommunisten nur ein Unterschied des Weges bestünde und das gleiche Ziel da wäre. Ein gleiches Ziel gibt es nicht. Dort drüben haben wir eine Form, die sich Sozialismus nennt, die aber nichts weiter ist als die Verdummung der Untertanen. Für uns aber ist Sozialismus die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit. Ich für meine Person bin Anhänger dieser Auffassung. Glaubt ihr, daß ein Sozialismus es wert wäre, ihn zu leben, wenn er keinen sittlichen Inhalt und kein sittliches Ziel hätte?»²¹ Einen ebenfalls bedeutungsvollen Einfluß hatte auch folgende Erklärung Schumachers: «Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.»²² Mit dieser Äußerung war der zukünftige Entwicklungsweg der SPD zur Volkspartei klar vorgezeichnet.

Der erste Nachkriegsparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der im Jahre 1946 in Hannover abgehalten wurde, wählte Dr. Kurt Schumacher zum Vorsitzenden und Erich Ollenhauer zum ersten Stellvertreter. Der Parteitag verurteilte die Vereinigung in der Ostzone als Auslieferung der SPD an die KPD und betrachtete die Mitgliedschaft in der SED als unvereinbar mit derjenigen in der SPD. Neben dem klaren Anspruch auf Erhaltung Deutschlands als eines nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Ganzen wurde auch die Erstrebung der demokratischen Föderation europäischer Staaten propagiert.²³

Der sich immer stärker auswirkende politische Druck der Sowjets auf die Westzonen führte um die Jahreswende 1946/47 zum wirtschaftlichen Zusammenschluß des britischen und amerikanischen Besatzungsgebietes in der sogenannten «Bi-Zone». Mit dem Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main entstand erstmals eine Art von Vorparlament. Durch den in der Folge aus Vertretern der verschiedenen Landesparlamente gebildeten «Parlamentarischen Rat» wurde das Grundgesetz für die kommende Bundesrepublik verabschiedet. Bei den ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 blieb die Sozialdemokratie um acht Mandate hinter der CDU/CSU zurück, die dann auch die Bundesregierung bildete.²⁴ Nachdem es der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-

²¹ Arno Scholz, Walther G. Oschilewski: Turmwächter der Demokratie – Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Band II, Reden und Schriften. Berlin-Grünwald 1953.

²² Wilhelm Matull, a. a. O., S. 120.

²³ Franz Osterroth, Dieter Schuster, a. a. O., S. 414/15.

²⁴ Klaus-Peter Schulz: Proletarier, Klassenkämpfer, Staatsbürger. München 1963, S. 187.

lands in den folgenden Bundestagswahlen nie gelungen war, eine eindeutige Mehrheit zu erringen, stellte sich A. W. Uhlig die Frage, ob die SPD noch eine «Chance» habe? Uhlig kam in seinem Werk zur Schlußfolgerung, daß die Antwort auf die aufgeworfene Frage weitgehend von der selbst festgesetzten Politik der SPD abhänge.²⁵

2. Godesberger Programm

Einen wichtigen Versuch, die zukünftige Politik den veränderten politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnissen anzupassen, stellt das im Jahre 1959 in Bad Godesberg verabschiedete «Grundsatzprogramm der SPD» dar. Das sogenannte «Godesberger Programm» behandelt nicht so sehr die Ziele des Sozialismus als vielmehr die Wege zu ihm, obwohl die Grundwerte am Anfang des Programms Erwähnung finden. Das Ziel des Sozialismus war mehr oder weniger klar ausgesprochen immer das gleiche: der Sozialismus war immer ein Protest gegen die Vergewaltigung des Menschen, seiner Freiheit und der Gerechtigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Neben diesem Protest beinhaltet der Sozialismus die Zuversicht der Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten und auf diese Weise beizutragen zu einem kulturell erfüllten Leben, an dem alle Menschen teilhaben können.²⁶

Was den einzuschlagenden Weg anbetrifft, so wird im Godesberger Programm eine allgemeine Sozialisierung nicht mehr als Heilmittel für alle gesellschaftlichen Schäden und vor allem nicht mehr als Synonym für Sozialismus betrachtet.²⁷ Es wird aber eindeutig festgestellt, daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum ein Mittel sozialistischer Politik bleibt, indem diesbezüglich unter anderem folgendes ausgesagt wird: «Das zentrale Problem heißt heute wirtschaftliche Macht. Wo mit andern Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.»²⁸ Im Abschnitt über «Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft» wird darauf verwiesen, daß in der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft die Demokratie, die soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet sei, weshalb der demokratische Sozialismus eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung anstrebe. Wesentlich neu ist auch das Bekenntnis, daß der Sozialismus nicht mehr als Weltanschauung angesehen wird. Die Sozialdemokratische Partei «ist eine Gemeinschaft von Men-

²⁵ A. W. Uhlig: Hat die SPD noch eine Chance? München 1956, S. 301.

²⁶ Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie. Bonn 1962, S. 79.

²⁷ Programme der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 23.

²⁸ Grundsatzprogramm der SPD. Bonn 1959, S. 15.

schen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.»²⁹ Eine neugestellte und riesige Menschenaufgabe wird in der solidarischen Hilfe für die Entwicklungsländer erblickt, die zu einem Gebot der Gerechtigkeit und des Selbstbehauptungswillens der demokratischen Welt erklärt wird.

3. Rück- und Ausblick

Rückblickend kann festgestellt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit ihres über hundertjährigen Bestehens einen großen Teil ihrer ursprünglichen Kampfziele erfolgreich durchsetzen konnte. Dadurch erwies sie der Befreiung des arbeitenden Menschen von Elend und Bedeutungslosigkeit einerseits und der Idee von Freiheit und Gerechtigkeit andererseits unschätzbare Dienste, obwohl sich die Verwirklichung der gestellten Aufgaben oft sehr viel schwieriger gestaltet, als verschiedentlich angenommen wurde. Die erläuterten Programme zeigten, wie sehr die Sozialdemokratische Partei ständig an ihrer Selbstverwirklichung im Dienst ihrer Menschheitsziele gearbeitet hat und wie sie immer bemüht war, dem dauernden Wandel der Zeit in ihren politischen Entscheidungen Rechnung zu tragen. Der von ihr geführte Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit wird vermutlich niemals abgeschlossen sein, denn eine Gesellschaft, die schlechthin freiheitlich und gerecht geordnet und gegen alle Rückfälle gesichert ist, wird es kaum einmal geben. So verstanden ist das proklamierte «Endziel» der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unerreichbar. Sollte die Partei ihrem «Endziel» aber im Sinne eines Leitmotivs des Handelns treu bleiben, das im Godesberger Programm als eine dauernde Aufgabe,

«Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren
und sich in ihnen zu bewähren»,³⁰

umschrieben ist, dann haben vor allem auch in diesem Zusammenhang die seinerzeit von Ferdinand Freiligrath für die Bewegung geäußerten Worte ihre stolze Bedeutung:

«Ich war, ich bin, ich werde sein».³¹

²⁹ Grundsatzprogramm der SPD. Bonn 1959, S. 7.

³⁰ Idem S. 7.

³¹ Wilhelm Matull: Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1957, S. 125.